

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 19. Juni 2015

Pressemitteilung: Strukturabbaukonzept statt Strukturkonzept

Das gestern von Städteregionsrat Helmut Etschenberg vorgelegte Strukturkonzept ist eher ein Strukturabbaukonzept und daher Sachzwang-Politik, die auf Kürzungen der kommunalen Infrastruktur hinausläuft anstatt sie auszubauen. Die Kommunen sollen „sparen“ und kürzen, bis es knirscht, bis auch die letzten jetzt schon nur mit vielen Ehrenamtlichen aufrechterhaltenen Einrichtungen aufgeben – das wird nicht zur Stabilisierung des Haushaltes führen.

Durch die beabsichtigten Einschnitte werden insbesondere bei den freiwilligen Sozialleistungen Belastungen ungerecht verteilt. So werden beispielsweise allein stehende oder von Gewalt bedrohte Frauen sowie Suchtkranke und Drogenabhängige besonders getroffen. Die Einrichtungen, deren Zuschüsse gekürzt werden, müssen ihr Leistungsangebot einschränken und eventuell Mitarbeiter entlasten. Unterdessen plant Etschenberg eine ständige Repräsentation der Region in Brüssel, das mit dem Zug in 70 Minuten zu erreichen ist, um „nah dran“ zu sein.

Die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag fürchtet, dass sich künftig noch mehr Menschen aus der Gesellschaftsgestaltung zurückziehen werden.

„Die Einschnitte im Sozialbereich sind drastisch“, so Helga Ebel, Sprecherin für Gesundheit und Soziales der Fraktion. „Wir sind nicht die Verwalter von Alternativlosigkeit, sondern verteidigen mit Betroffenen das Erreichte. Unsere Koalitionspartner sind Menschen, die sich für Verbesserungen einsetzen.“

Das Strukturprogramm wurde von Etschenberg am selben Tag dem Personal, den Verbänden und der Presse vorgestellt. Die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten VertreterInnen im Städteregionstag erhielten die „Offenbarung“ als Letzte und hatten zudem keine Möglichkeit, dieses Programm mitzugestalten, um eigene Vorschläge mit einzubringen. „Dies zeigt, welchen Stellenwert wir als Abgeordnete der Bürgerinnen und Bürger haben“, empört sich Marika Jungblut, stellv. Fraktionsvorsitzende. „So bleibt uns am Ende nur noch die Möglichkeit, den einzelnen Sparvorschlägen zuzustimmen oder sie abzulehnen.“

1

Wie in der Städteregion über Gelder verfügt wird, auch über Mittel, die ihr nach Auffassung der Fraktion nicht zustehen, zeigt auch deren Antrag zum Budgetbericht, aus dem hervorgeht, dass die Städteregion ca. 3 Mio. Euro Rückzahlungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu erwarten hat. „Auf die Fragen, wie diese Mittel für ihren ursprünglichen Verwendungszweck eingesetzt werden könnten, nämlich Kinder und Jugendliche, die Hilfe benötigen, zu unterstützen, wurden lediglich fadenscheinige Argumente aufgeführt, die begründen sollen, die Mittel zum Stopfen des Haushaltes zu verwenden, statt sie beispielsweise für eine gute und zusätzliche Schulsozialarbeit einzusetzen“, kritisiert Marika Jungblut.

So schmerzhaft und unnötig die Kürzungen sein werden, sofern die Politik den Vorstellungen des Städteregionsrats folgt, so gering ist der „Spareffekt“ der Maßnahmen. Selbst bei Verwirklichung aller Vorschläge sinkt das Ausgabenvolumen des Städteregionshaushaltes um nicht mal 2%“, so Harald Siepman, Geschäftsführer der Fraktion. Für die regionsangehörigen Kommunen, die sich mehrheitlich in Haushaltssicherungskonzepten befindet, wäre eine Entlastung dementsprechend eher marginal.

Die Kürzungspolitik, wie sie von Bund und Ländern vorexerziert wird, weiterzureichen ist mit uns Linken nicht zu machen. Unser Ziel ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse, vor allem der sozial benachteiligten und gesellschaftlich marginalisierten Menschen der Region. Das Strukturkonzept wird sicher bei den einzelnen Abstimmungen klar herausstellen, wie sich die Fraktionen im Städteregionstag positionieren und wer mit ihrer Unterstützung rechnen kann. „Dabei ist das Prozedere trotz meiner Frage noch immer noch unklar“, so Uwe F. Lühr, Fraktionsvorsitzender.